

PRESSEMITTEILUNG

Neue Gesetze, weniger Investitionen: Jobpotenzial der Energiewende bleibt ungenutzt

Der Ausbau erneuerbarer Energien könnte die Bruttobeschäftigung vom derzeitigen Höchststand von 436.300 bis 2035 auf 706.100 Beschäftigte in Deutschland steigern. Die aktuellen Gesetzesvorhaben bei Photovoltaik, Windkraft und Wärmepumpen würden diesen Beschäftigungsboom allerdings ausbremsen. Dann steigt die Beschäftigung nur auf 519.500 Personen – 186.600 Arbeitsplätze weniger. Das zeigt eine Szenarioanalyse der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturformforschung (GWS) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Gütersloh, 24. September 2026. Eine sichere Energieversorgung und wettbewerbsfähige Strompreise sind entscheidend für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Zugleich muss der Umbau zur Klimaneutralität vorankommen. Dafür braucht es einen abgestimmten Mix verschiedener Energieformen sowie leistungsfähige Netze und Speicher. „Wir müssen die Energiewende so gestalten, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt. Entscheidend sind die Kosten und die Versorgungssicherheit des gesamten Energiesystems. Erneuerbare Energien sind dabei ein zentraler Baustein. Unternehmen brauchen einen klaren Kurs bei der Energiewende, auf dessen Grundlage sie langfristig investieren können. Kosteneffizienz und Planungssicherheit müssen zusammengehen“, sagt Andreas Pinkwart, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Verlässliche Bedingungen brauchen dabei nicht nur Stromabnehmer, also Unternehmen und Privathaushalte. Auch die Hersteller von Windrädern und Wärmepumpen sowie die Betriebe, die diese Anlagen installieren und warten, sollten langfristig planen können. Für sie entscheidet sich mit den neuen Gesetzen, wie der Ausbau voranschreitet, ob neue Aufträge entstehen und zusätzliches Personal gebraucht wird. Welche Beschäftigungschancen damit verbunden sind, zeigt die neue Studie.

Rund 270.000 zusätzliche Beschäftigte sind möglich

Werden die gesetzlichen Ausbauziele für Wind und Solar erreicht und Wärmepumpen im angenommenen Umfang eingebaut, könnten 2035 rund 706.000 Menschen in den erneuerbaren Energien beschäftigt sein. Das wären rund 270.000 Beschäftigte beziehungsweise 62 Prozent mehr als 2025. Besonders stark würde der Bedarf bei der Herstellung und Installation von Wärmepumpen wachsen. Hier erhöht sich die Beschäftigung

von 72.200 auf 232.800 Personen und damit auf mehr als das Dreifache. Die Beschäftigungschancen reichen dabei weit über die Anlagenhersteller hinaus: Auch Zulieferer, Planungsbüros und Handwerksbetriebe würden vom Ausbau profitieren. „Ein verlässlicher Ausbau erneuerbarer Energien hält Wertschöpfung und Beschäftigung im Land. Wenn Unternehmen auf eine verlässliche Nachfrage setzen können, investieren sie in Produktion und Arbeitsplätze. Dafür braucht es Planungssicherheit über Wahlperioden hinweg“, sagt Jana Fingerhut, Arbeitsmarktexpertin der Bertelsmann Stiftung.

Aktueller Politikkurs bremst Investitionen um 27 Mrd. Euro – 186.600 Beschäftigte weniger

Ob dieses Potenzial ausgeschöpft wird, hängt auch von den neuen Energiegesetzen ab. Die EEG-Novelle, das Netzpaket, das Gebäudemodernisierungsgesetz und die Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes verändern die Bedingungen für den Bau neuer Anlagen und den Heizungstausch. Werden Förderregeln kurzfristig verändert, Entschädigung bei Nichteinspeisung ins Netz unkalkulierbar oder wird der Netzanschluss verzögert, können Projekte verschoben werden oder ganz ausbleiben. Die Studie untersucht deshalb, wie sich Investitionen und Beschäftigung entwickeln könnten, wenn diese Risiken den Ausbau bremsen.

Um die gesetzlichen Ausbauziele zu erreichen, müssten die jährlichen größtenteils privaten Investitionen von 37,6 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf 79 Milliarden Euro im Jahr 2035 steigen. Unter den Annahmen zu den neuen gesetzlichen Bedingungen wären dagegen nur 52,1 Milliarden Euro zu erwarten und damit rund ein Drittel weniger. Besonders groß wäre die Investitionslücke bei Wärmepumpen und Windenergie an Land und auf See. Die geringeren Investitionen schlagen auf die Beschäftigung durch. Sie wird in diesem Szenario bis 2035 zwar auf 519.500 Personen steigen, bleibt damit aber um 186.600 Beschäftigte unter dem angestrebten Ausbau. Ein erheblicher Teil des möglichen Beschäftigungswachstums bliebe damit ungenutzt.

Ein starker inländischer Markt sichert Produktion und Arbeitsplätze

Für die deutsche Wirtschaft ist dabei nicht nur entscheidend, wie viele Anlagen gebaut werden, sondern auch, wo sie hergestellt werden. Die Vergangenheit zeigt, wie schnell politische Kurswechsel industrielle Strukturen treffen können. In der Solarenergie sank die Beschäftigung nach Förderkürzungen und dem Einbruch der heimischen Produktion von 156.700 Personen im Jahr 2011 auf 39.900 im Jahr 2017. In der Windbranche gingen zwischen 2016 und 2018 rund 37.000 Arbeitsplätze verloren. Ein starker Inlandsmarkt sichert Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern Aufträge. So wurde der jüngste Beschäftigungsanstieg bei der Windenergie an Land wesentlich durch hohe inländische Investitionen getragen. Wie empfindlich die Beschäftigung auf schwankende Nachfrage reagiert, zeigt der Wärmepumpen-Markt: Im Zuge der Debatte um das Gebäudeenergiegesetz und des daraus resultierenden Markteinbruchs 2024 sank die Beschäftigung zunächst um 28 Prozent, bevor sie 2025 wieder um mehr als 40 Prozent stieg.

„Wer industrielle Wertschöpfung in Deutschland sichern will, muss den Unternehmen eine verlässliche Perspektive auf dem heimischen Markt bieten. Eine stabile Nachfrage sollte durch Ausschreibungen, die europäische Fertigung und widerstandsfähige Lieferketten stärken, ergänzt werden“, sagt Jana Fingerhut. Die neuen gesetzlichen Regelungen sollten Investitionen erleichtern und Unternehmen Planungssicherheit geben. Dafür braucht es klare Übergangsfristen, kalkulierbare Netzanschluss- und verlässliche Förderbedingungen.

Zusatzinformationen:

Die Analyse der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vergleicht einen Ausbaupfad mit einem Szenario zu den erwarteten Investitionswirkungen des aktuellen politischen Kurses der Bundesregierung. Die Zahlen beziehen sich auf die Bruttobeschäftigung. Sie umfasst direkte Arbeitsplätze sowie indirekte Beschäftigung in vorgelagerten Wertschöpfungsketten. Die Szenarien beschreiben mögliche Entwicklungen unter den jeweiligen Annahmen.

Ansprechpartner:innen:

Jana Fingerhut, Telefon: 0 52 41 81 81-393

E-Mail: jana.fingerhut@bertelsmann-stiftung.de

Roman Wink, Telefon: 0 52 41 81 81-560

E-Mail: roman.wink@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. **Weitere Informationen:** www.bertelsmann-stiftung.de

